

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Marcel Welsing

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender:
Franz-Josef Kaiser

FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Borchken:

Haushaltsrede zum Etatentwurf für das Jahr 2026

vom 29. Januar 2026, gehalten von Dr. Marcel Welsing.

Es gilt das gesprochene Wort.

Schwarzenberger Str. 59
33178 Borchken

kontakt@fdp-borchken.de

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Borchenerinnen und Borchener,
liebe Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

Borchken hat keine Berggasse, aber dafür eine Bergstraße am Ortsausgang in Alfen.

In der Berggasse Nr. 19 hingegen – in Wien – praktizierte ab dem Jahr 1891 für nahezu 50 Jahre ein gewisser Sigmund Freud.

Er gilt bekanntlich als einer der einflussreichsten Denker des 20. Jahrhunderts und hat mit der Begründung der Psycho-Analyse Wissenschaftsgeschichte geschrieben. Man verbindet ihn vor allem mit den in seiner Praxis in der Berggasse durchgeführten Therapiesitzungen, bei denen der Patient auf der legendären roten Couch lag.

Wenn wir uns heute mit dem desolaten Haushalt des „Patienten Borchken“ befassen, so verlangt man von uns nicht mehr und nicht weniger, als dass wir als Rat unsere Gemeinde die Finanzen therapieren. Nicht ein rotes Sofa, sondern rote Zahlen prägen das Bild.

Dabei haben wir es mit zahlreichen Konfliktfeldern zu tun, die unweigerlich an das von Freud entwickelte *Instanzen-Strukturmodell* seiner Psychoanalyse erinnern.

Da ist zunächst das „Es“, von Freud bezeichnet als der unbewusste Trieb nach Lust und Haben-Wollen:

Das „Es“ beschreibt auf den Borchener Haushalt übertragen den verständlichen Wunsch nach Investitionen, nach funktionierenden Straßen, lebendigen Vereinen, gut ausgestatteten Kitas und einer Verwaltung, die gestalten kann, statt nur den Mangel zu verwalten. Dieses Es sagt: Wir brauchen das alles – und zwar jetzt oder zumindest sehr bald. Wir müssen uns alles leisten können, investieren, Sozialleistungen erfüllen, Neues bauen.

Gefüttert wird es nicht nur von zahlreichen Wünschen aus der Bevölkerung, sondern auch vom süßen Gift der Förderprogramme des Landes und des Bundes. Nur sind all diese Förderprogramme nicht mehr solide durchfinanziert, sondern mittlerweile aus Schulden bezahlt und die Gemeinde würde nicht nur mit staatlichen Eigenanteilen, sondern auch mit Abschreibungen und sonstigen Folgekosten belastet.

Dann ist da das Über-Ich, oder auch das Gewissen:

Das ist der Kämmerer, der mittlerweile mehr oder weniger verzweifelt den Haushalt zusammenstellen muss, ohne dass ihm das finanzielle Fundament wegbricht. Das sind die Haushaltssahlen, die Schuldenstände und Kennziffern, die uns mahnen, bremsen und notfalls auch Projekte verbieten.

Das Über-Ich spricht mit der Stimme der Vernunft, aber auch mit der Härte der Realität: Ihr dürft euch das nicht leisten, denn all das kostet viel Geld.

Und irgendwo dazwischen stehen wir als Rat – aus der Perspektive Freuds sind wir das „Ich“:

Wir Ratsleute sind in der vermittelnden Zwischenrolle. Wir sollen den Spagat schaffen zwischen der Realität sowie den moralischen Ansprüchen des „Über-Ichs“ auf der einen Seite und den bestätigten Forderungen des „Es“ auf der anderen Seite.

Wir versuchen, Verantwortung zu tragen, Ausgleich zu schaffen und einen Weg zu finden, der weder in Realitätsverweigerung noch in Selbstkasteiung endet.

*Etwas weiteres spielt hier mit hinein, etwas, das Freud als Topografisches- oder Eisbergmodell bezeichnet hat:
Nämlich die Bewusstseinsebenen*

Die Spitze des Eisbergs ist das Bewusstsein, also das, was wir sehen – das sind die Zahlenwerke, die Ist-Ergebnisse der letzten Jahre, die Faktoren wie Kreis- und LWL-Umlage, die immer weiter steigen und die wir zumindest auf kurze Sicht rational begreifen und beziffern können.

Wie bei einem Eisberg liegt jedoch der Großteil der Masse unter Wasser und je tiefer sie liegt, desto schwieriger ist sie zu erkennen und zu beurteilen – man frage den Kapitän der Titanic.

Knapp unter der Wasseroberfläche liegt das, was mit wenig Aufwand zugänglich gemacht werden kann, laut Freud das „Vorbewusstsein“ – vergleichbar mit einer Prognose für die kommenden zwei oder drei Jahre.

Daran schließt sich aber schnell das Unterbewusste an, was der größte und einfluss- wie folgenreichste Teil des Eisbergs und auch des Haushalts ist. Übersetzt bedeutet das Fragen wie z.B.:

Wie entwickeln sich künftig die Ausgaben, die Kreisumlage, die internationalen Konflikte, die Wirtschaftsleistung des Landes und unser kommunales Gewerbe mitsamt Gewerbegebeit?

Das ist der Blick in die Glaskugel. Wir können nur versuchen, uns prophetisch zu nähern – oder wenn man so will, werden wir an dieser Stelle zu Therapeuten, die versuchen, alles zusammenzufügen zu den zwei großen Fragen: Wie bekommen wir den Gemeindehaushalt wieder ins Lot? Und wie dramatisch wäre vor diesem Hintergrund der Gang in die Haushaltssicherung?

Übersetzt in die Psychoanalyse kommen wir bei dieser Fragestellung nun im Kernbereich der beiden gegensätzlichen Triebkräfte an, die Freud ausgemacht hat: der Libido und dem Destrudo, also dem Lebens- und dem Todestrieb.

Der Destrudo ist der zerstörerische Anteil des Handelns. Wenn man so will, bedeutet dies auf den Haushalt angewendet die Auflösung von Spannungen, indem man nach dem Motto „weiter so“ die Augen verschließt, sich weiterhin Ausgaben gönnnt und mal schaut, was dann so alles passiert. Das ist sicherlich der einfachere Weg nach dem Motto: „Wir können eh kaum was ändern, die großen Räder werden woanders gedreht“.

Dieser Weg wird aber die Gemeindefinanzen völlig in den Abgrund ziehen.

Dagegen steht mit dem Trieb nach Lebenserhaltung der Wunsch, die Gemeinde in finanziell sichere Bereiche zu führen und vor allem für kommende Generationen zu sichern.

Aber ist das Haushaltssicherungskonzept wirklich ein Destrukt, die Zerstörung?

Es birgt sicherlich Gefahren in sich. Wenn wir nur noch kürzen, streichen, schließen und verschieben, dann besteht die Gefahr, dass wir zwar Ausgaben reduzieren, aber vieles von dem verlieren, was wir momentan liebgewonnen haben und irgendwie auch das Fundament unserer Gemeinde ist.

Es ist nicht alles nur „nice to have“, sondern hat mittlerweile auch einen höheren Stellenwert erlangt, man will auf nichts verzichten müssen.

Denn Sparen ist kein neutraler Akt. Es trifft Menschen. Es trifft Ehrenamt, Kultur, Jugendarbeit und freiwillige Leistungen – also genau jene Bereiche, die unsere Gemeinde lebenswert machen, die Identität stiften und sozialen Zusammenhalt erzeugen.

Gleichzeitig wäre es aber ebenso destruktiv oder sogar noch viel zerstörerischer, so zu tun, als könnten wir diese Realität ignorieren. Verdrängung ist bekanntlich kein nachhaltiger Bewältigungsmechanismus – weder in der Psychoanalyse noch in der Kommunalpolitik.

Wer die Haushaltslage kleinredet, verschiebt die Probleme lediglich in die Zukunft, wo sie größer und schmerzhafter zurückkehren.

Wem der Mut fehlt, das Nötige zu tun und auch unbequeme Einsparungen vorzunehmen, der mag zwar auf kurze Sicht beliebt sein, vermeintlich erstmal großartig dastehen und sich politisch harte Diskussionen ersparen.

Er erweist der Gemeinde aber realiter einen Bärendienst.

Wer seine heiligen Kühe retten will, der liefert sie spätestens im Haushaltskonzept an den Opferaltar. Vorher besteht durch harte Einsparungen und das konsequente Priorisieren von Ausgaben wenigstens noch die Chance, ein paar dieser heiligen Kühe wenigstens zum Teil zu retten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass aus notwendiger Disziplin keine kollektive Resignation wird. Dass aus Sparsamkeit keine Perspektivlosigkeit entsteht. Und dass wir am Ende noch so viel an Freiwilligen Leistungen retten, wie es ohne die Zwänge eines Haushaltssicherungskonzepts nur geht.

Wir brauchen strukturierte Prozesse mit klaren Prioritäten, wofür wir Geld ausgeben möchten und können. Was ist „nice to have“, was ist eine „Investition“ und sollte daher gemacht werden?

Und wir müssen unbequeme Wahrheiten aushalten können. Unsere Gemeinde hat eine gute Infrastruktur, die man sich vielleicht einfach mehr teilen muss. Anstatt Erweiterungsbauten an Turnhallen für Turn- und Gymnastikangebote können wir es uns doch zumuten, Räumlichkeiten in einem benachbarten Ortsteil mitzunutzen. In vielen Städten fahren die Leute für den Yoga-Kurs einmal quer durch die halbe Stadt – in Borchen

kann man den Menschen vermutlich eine wenige Minuten dauernde Fahrt von Alfen nach Nordborchen zumuten, wenn die Sportvereine entsprechend kooperieren.

Im Zweifel müssen wir unsere Turnhallen, Multifunktionshallen oder das Begegnungszentrum noch weiter für die verschiedenen Aktivitäten öffnen. Auch wenn nicht alles und jeder Ortsteil dann optimal ausgestattet sein mag: Es ist alles besser als das ansonsten drohende „Nichts“ und als der totale Kahlschlag, was ansonsten in der Haushaltssicherung droht und unter dem Strich werden wir in Borchen insgesamt weiterhin eine gute Infrastruktur vorweisen können.

Auch die geplanten Mobilitätsstationen entpuppen sich angesichts unserer finanziellen Entwicklung mittlerweile rückblickend als finanzieller Fehler, da diese nicht auf einem einfachen und ausreichenden Niveau geplant, sondern mit zahlreichen teuren Extras versehen wurden, die nicht erforderlich gewesen wären. Mag man schon bezüglich der Mobilitätsstationen bei aller guter hiermit verfolgter Absicht mittlerweile über den Status „nice to have“ und damit streichfähig diskutieren, so steht dies hinsichtlich der nun erfolgenden Ausführung sicherlich außer Frage.

Wir werden zumindest auch eine Weile lang nicht mehr jedes Schlagloch auf den Wirtschaftswegen reparieren können, wenn wir es mit dem Sparen ernst nehmen. Hier gilt es klarzumachen, dass wir nicht jeden gewohnten oder lieb gewonnenen Standard halten können.

Eines ist aber weiterhin sicher: Für uns Liberale kommt das Sparen vor dem Drehen an der Steuerschraube. Die Haushalts-Konsolidierung darf nicht durch den immer tieferen Griff in das Portemonnaie der Borchener vollzogen werden, denn Inflation, steigende Preise für Lebensmittel, Versicherungen, Mobilität usw. belasten die Bevölkerung bereits genug. Vor jeglicher Steuererhöhung muss gespart werden.

Wir müssen jedoch – ganz im Sinne des Über-Ichs – bei allem Selbsterhaltungstrieb erkennen, dass beim Ausbleiben der Steuererhöhung eine doppelte Bestrafung durch dann ausbleibende Landeszusweisungen erfolgen würde. Das ist an und für sich ein Witz, aber leider Teil der aktuellen finanzrechtlichen Systematik. Das Märchen, dass sich durch die Grundsteuer-Reform nichts ändern werde, ist schneller von der Realität überrollt, als es uns lieb sein kann.

Aktuell bewahren uns die „Rechen-Tricks“ des globalen Minderaufwands sowie des Verlustvortrags vor der Haushaltssicherung. Insbesondere der globale Minderaufwand war in den vergangenen Jahren sicherlich ein probates Mittel, um Haushaltssätze und damit erwartete bzw. geplante Defizite zu senken.

Klar ist aber: Der Verlustvortrag schiebt das Minus einfach ein Jahr weiter und fällt uns dann auf die Füße.

Und der globale Minderaufwand ist lediglich eine Senkung auf der Planungsebene und nicht auf der „Ist“-Ebene. Da im Haushalt ohnehin an vielen Stellen finanzielle Puffer zur Abfederung unerwarteter Ereignisse enthalten sind oder sich die Einnahm situation unterjährig verbessern kann, entlarvt sich der globale Minderaufwand dann mittlerweile als reine Augenwischerei ohne finanziellen Mehrwert. Wir müssen angesichts der aktuellen Lage aber dahin kommen, dass die Einsparungen auf den „Ist“-Status erfolgen und sich bspw. an den realen Ergebnissen der Vorjahre anstatt an den Planansätzen existieren. Sonst werden keine echten Einsparungen erfolgen können, die wir so dringend benötigen.

Es bringt auch nichts, ständig auf die Kreisumlage zu schimpfen. Natürlich gibt es auch auf der Kreisebene viele vermeintlich freiwillige Leistungen – die jedoch bei genauerem Hinsehen beim Einstellen der Zahlungen nicht unbedingt entfallen würden, sondern dann vom Kreis in Eigenleistung erbracht werden müssten. Die gemeinsame Erledigung von Aufgaben spart unter dem Strich teilweise auch mehr Geld ein, als wenn jede Gemeinde diese in Eigenregie erbringen müsste.

Zur unbequemen Wahrheit gehört aber sicherlich auch, dass gerade der Bereich der Sozialleistungen immer mehr zum Kostentreiber wird. Das zeigt sich am Kreishaushalt, am Gemeindehaushalt und auch bzw. insbesondere an der LWL-Umlage mit ihren gigantischen Summen. Hier muss sich unser Land ehrlich machen und entscheiden, inwiefern nicht nur die oft zitierten „starken Schultern“ ihren Beitrag immer mehr verstärken müssen, sondern ob es nicht zuerst auch eine kritische Durchforstung des Sozialbereichs geben muss, um Kosten zu sparen.

Und was bringt es uns, wenn wir durch ständige Mindestlohnerhöhungen und Tarifrunden immense Kostendrücke schaffen, die dank der Lohn-Preis-Spirale unweigerlich sofortige Kosten-, Steuer- und Preiserhöhungen mit sich bringen und dazu führen, dass sich niemand auch nur einen Kinobesuch zusätzlich leisten kann? Allein für die Gemeindeverwaltung steigen die Personalkosten so sehr an, dass die geplante Anhebung der Grundsteuern hierfür aufgebraucht wird. Wir erhalten unter dem Strich also kein Plus, sondern stopfen nur ein neues Loch.

In diesen Bereichen nachhaltige Mäßigung walten zu lassen, würde für uns alle auf einen Schlag mehr Einsparungen bringen als das gelinde gesagt eher kleinteilige Stückwerk, zu dem wir in unserer Gemeinde überhaupt noch in der Lage sind. Denn es ist ja nicht so, als würden wir es nicht Jahr für Jahr hier in Borchen versuchen und trotzdem scheitern, weil wir eben nicht an den großen Rädern drehen.

Wenn man dann liest, dass unsere unfähige schwarz-grüne Landesregierung mit Steuergeldern einen Altschuldenerlass für die NRW-Kommunen im Umfang von fast 9 Milliarden Euro beschließt, kann man nur den Kopf schütteln.

Zum einen löst dies nicht die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen, die oftmals die aufgezwungenen Wunsch-Szenarien der Landespolitik umzusetzen und zu finanzieren haben. Der Entfall von Zinsaufwendungen ist keine geeignete Alternative für die zwingend erforderliche Struktur-Reform, zumal sich diese nicht in Luft auflösen, sondern einfach auf die Landesebene umgeschichtet werden; dort fehlt dann da Geld für neue Förderprogramme usw.

Und zum anderen sind kommunale Schuldenstände zum Teil auch das Ergebnis einer jahrzehntelang schlechten Politik vor Ort und damit in so manch klammer Stadt auch selbst verschuldet – das beste Beispiel sehen wir in der Stadt Paderborn, wo man sich trotz historisch gestiegener Neuverschuldung (die Paderborn mit einem Anstieg von 40% laut WDR im NRW-Vergleich auf Platz 3 katapultiert) ein Prestige-Projekt nach dem anderen gegönnt hat. Als Belohnung kommt nun die Vergemeinschaftung dieser Schulden, vor allem auf den Rücken der Kommunen, die hingegen in den vergangenen Jahrzehnten mit Mitte und Maß agiert haben.

Schlussendlich bleibt unser Fazit, dass wir Liberalen dem Haushalt zustimmen werden.

Wir tun dies wie in den Jahren davor mit großen Bauchschmerzen, vor allem wegen der vorgesehenen Steuer-Erhöhungen, gegen die wir uns immer gewehrt haben.

Wir kündigen aber an, dass wir seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Politik ein echtes Sanierungs- bzw. Finanzstabilisierungskonzept einfordern, welches bereits im Vorfeld einer Haushaltssicherung zu erarbeiten ist, um selbst handlungsfähig zu bleiben und Borchen auch und vor allem im Hinblick auf die kommenden Generationen nicht „abgefrühstückt“ zu haben.

Wichtige Punkte sind dabei:

- Klare Priorisierung der Ausgabenseite und Planung auch auf längere Sicht,
- Schwerpunkte auf investive Vorhaben, die bestmögliche Einnahmen generieren,
- ein kritisches Vorgehen im Bereich der konsumtiven Ausgaben und eine Beschränkung auf die wirklich notwendigen Bereiche, die unsere gemeindliche Fürsorgepflicht betreffen sowie
- die konsequente Nutzung digitaler Möglichkeiten und KI, die zugleich Einsparungen mit sich bringen müssen. So könnten bspw. im Rahmen von Renteneintritten Stellenneubesetzungen durch den Einsatz von digitalen und KI-Möglichkeiten entfallen oder reduziert werden.

Hoffen wir, dass wir mit unseren hervorragenden Standortvorteilen das neue Gewerbegebiet mit zukunftssicheren und gewerbesteuerstarken Unternehmen füllen, sodass wir uns ein gutes Stück weit mit eigenen Kräften finanziell besserstellen können.

Auch vor diesem Hintergrund stimmen wir dem Haushalt und damit dem Fortgang des Gewerbegebiets zu, wohlwissend, dass mit der Absage von Claas ein wertvoller Interessent abgesprungen ist und wir uns als Gemeinde angesichts des immensen Investitionsumfangs einem gewissen Risiko aussetzen.

„Fortes fortuna adiuvat“ – das Glück hilft den Tüchtigen. Wir müssen das Glück aber nicht nur herausfordern, sondern mittlerweile selbst in die Hand nehmen.

Daher lassen Sie uns diesen Haushalt nicht als Ausdruck von Angst oder Zwang verabschieden, sondern als bewusste, verantwortliche Entscheidung – mit Augenmaß, mit Sensibilität und mit dem klaren Ziel, diese Gemeinde nicht nur finanziell zu stabilisieren, sondern trotz aller elegischer Begleitmusik auch für die Zukunft zusammenzuhalten.

Denn dann ist Borchen kein Fall für da „Rote Sofa in der Berggasse“.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Für die FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Borchen



Dr. Marcel Welsing
Fraktionsvorsitzender



Franz-Josef Kaiser
Stellv. Fraktionsvorsitzender